

## **Das Verbändekartell durchlüften**

von Stefan Collignon

FTD 01.10.2002

*Schröders Sozialdemokraten haben noch einmal eine Chance erhalten. Wenn sie diesmal die Wirtschaft nicht in Gang bringen, war es die letzte*

Die Bundesrepublik ist eine Schöpfung der Christdemokratie. Ludwig Erhard erfand die ideologische Verknüpfung von konservativem Korporatismus und modernem Liberalismus, die zur Basis einer sozialen Marktwirtschaft wurde, in der ein angebotsorientiertes Verbandswesen dominiert. Dieses System erweist sich heute unfähig, den Strukturwandel zu bewältigen.

Das Ideenkartell der Verbände und die Marktabschottungsstrategien der Einkaufsgenossenschaften lähmen Innovation, behindern den Markteinstieg von Konkurrenten und blockieren den Preismechanismus. Es bremst unternehmerische Initiative, erstickt individuelle Kreativität und vermeidet persönliche Verantwortung. Die Folge sind wirtschaftliche Stagnation, gebremste Gewinnerwartungen und geringe Investitionen.

Zweimal haben die Wähler versucht, dieses Korsett zu durchlüften. 1969 öffnete die sozialliberale Koalition Deutschland für den Keynesianismus und stellte damit den Verbraucher in den Mittelpunkt einer Wirtschaftspolitik, in der Stabilität den gesamtwirtschaftlichen Rahmen für die Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit bot. Das Modell scheiterte am Ölpreisschock der 70er Jahre und der großen Inflation.

Während andere Länder in Europa mit einer radikalen Deregulierung die Flucht nach vorne antraten, ohne gesamtwirtschaftliche Aspekte zu übersehen, suchte Deutschland Sicherheit im Altbekanntem. Statt Umstrukturierung, Kreativitätsentfaltung und flexibler Makroökonomie machten sich Reformstau und Stagnation breit. Die Rentabilität des Kapitalstocks blieb hinter den internationalen Konkurrenten zurück.

Diese Probleme wurden durch die Wiedervereinigung noch verschärft. Das korporative Verbandswesen wurde nach Osten verpflanzt, private Konsumnachfrage gilt als verpönt, die Finanzpolitik kennt nur ein Wort, Sparen, und über Geldpolitik darf man nicht reden. Das Wirtschaftsministerium, das so gerne für Grundsatzfragen zuständig wäre, ist in 28 FDP-Jahren zur Clearingstelle für Lobbyisten verkommen, mit einem von 15 Mrd. auf 150 Mrd. Euro angewachsenen Subventionsetat. Andererseits hat die europäische Integration das Umfeld fundamental verändert. Verkrustungen werden durch den EU-Binnenmarkt aufgebrochen. Die EU-Kommission ist de facto zur Wahrerin deutschen Eigeninteresses geworden. Aber Deutschland schafft es nicht, europäisch zu denken. Zwar werden Geldpolitik und Außenwirtschaftspolitik richtigerweise auf europäischer Ebene gemacht, und europäische Reformprozesse setzen Orientierungen für die Wirtschaftspolitik. Aber der Etat wird weiter konzipiert, als wäre Deutschland unabhängig und nicht de facto eine Wirtschaftsprovinz im Euroland.

Der zweite Versuch, das alte Modell zu modernisieren, führte zum Regierungswechsel 1998. Doch die Regierung Schröder hat die Chance nicht genutzt. Reformansätze in der Steuer- und Rentenpolitik blieben homöopathisch dosiert. Neue Mitte hieß, im alten Konsens weiterzumachen.

Was tun? Die SPD sollte sich auf ihre ideologischen Fundamente besinnen: Freiheit und Gleichheit im Rahmen einer Solidarität, die sich der Verantwortung für das Ganze bewusst ist. Sozialdemokratische Kanzler wie Willy Brandt und Helmut Schmidt haben es immer verstanden, diese Werte zusammenzuführen. Wirtschaftspolitisch bedeutet das, den Verbraucher ins Zentrum einer nachfrageorientierten Politik zu stellen und den Markt angebotsorientiert für Wettbewerb zu öffnen. Reale Nettoeinkommen müssen wieder wachsen, damit Arbeitsplätze entstehen. Auch die Steuerlast muss gleichmäßiger verteilt werden. Noch wichtiger wäre es, das kartelhafte deutsche Verbandswesen aufzulockern. Das könnte durch eine Neuordnung der Ministerien geschehen.

Was spräche dagegen, ein starkes Verbraucherministerium zu schaffen, das neben Ernährung und Landwirtschaft auch für Wettbewerbs- und Preispolitik zuständig wäre? Strukturpolitische Reformen sollten in drei starken Ministerien um die Produktionsfaktoren Umwelt, Arbeit und Kapital konzentriert werden. Teile des Wirtschafts-, vielleicht auch des Gesundheitsressorts, sollten dem Umwelt- und Arbeitsministerium übertragen, Technologie, Forschung und Bildung zusammengefasst und der Rest mit dem Finanzministerium zusammengelegt werden.

Die internationale Kapitalmobilität hat zur Folge, dass die Finanzierung des Mittelstands nicht ohne den europäischen Finanzmarkt, das Zusammenspiel mit der Europäischen Zentralbank und eine vernünftige Steuerpolitik verbessert werden kann.

Und eine Konjunkturpolitik ohne Mitarbeit aller Eurofinanzminister ist heute undenkbar. Hans Eichel wäre, wie früher Karl Schiller und Helmut Schmidt, ein starker Wirtschafts- und Finanzminister mit klaren Kompetenzen für Europa. Gemeinsam mit seinen Kollegen könnte er dazu beitragen, dass die Eurokonjunktur wieder in Gang kommt.

Ob Bundeskanzler Schröder zu solchen Reformen den Mut hat?